

Datum: 02.12.2016

Rin	S	GS	GVO	UW	SFB	Stadtkämmerei
VR	Az:				EA	IVA
BdR	Referat für Gesundheit und Umwelt Bayerstr. 21a - Posteingangsstelle				SKA-HA	1-41
PÖA	05. Dez. 2016				RSP	zwV
RDA						Stgh
Vermerke:						
Kopie an:						
Termin:						

**„Keine automatische Benzinpreis-Erhöhung – München setzt sich gegen die Flexi-Steuer ein“ auf Antrag der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte**

### An das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-UW

Zu der erbetenen Prüfung und Klärung, welche wirtschaftlichen Belange und welche Möglichkeit der Einflussnahme – auch aus steuerrechtlichem Gesichtspunkt die LHM hat darf ich Ihnen die Einschätzung der Stadtkämmerei wiedergeben:

#### 1. Wirtschaftliche Belange:

Die wirtschaftlichen Belange der LHM werden durch die sog. „Flexi-Steuer“ allenfalls marginal tangiert, da das Steueraufkommen der Energiesteuer dem Bund (Art.106 Abs.1 Nr.2 GG), das der Umsatzsteuer dem Bund und den Ländern (Art.106 Abs.3 GG), zusteht.

Lediglich zu 2,2% (nach Berücksichtigung von Vorab-Abzügen für den Bund und für einen Bundeszuschuss zur Rentenversicherung ) werden die Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer beteiligt (gem. Art.106 Abs.5a GG).

Im Jahr 2015 entsprach dieser Anteil der Gemeinden lt. Schreiben des BMF vom 18.01.2016 ca. 4.690 Mio. €, wobei rund 169 Mio. € auf die LHM entfällt.

Der in diesem Anteil enthaltene Betrag, welcher der Umsatzbesteuerung von Kraftstoffen zuzurechnen ist, lässt sich in Ermangelung der entsprechenden Datenerhebungen jedoch nicht beziffern.

#### 2. Möglichkeit der Einflussnahme:

Bezüglich der Möglichkeit der Einflussnahme der LHM ist festzuhalten, dass diese aufgrund der Gesetzgebungskompetenz des Bundes und der Länder dem Bundestag und dem Bundesrat für die Umsatzsteuer vorbehalten ist.

Demzufolge beschränkt sich die Möglichkeit der Einflussnahme auf den Prozess der politischen Willensbildung, der in der Regel über die kommunalen Spitzenverbände seitens der LHM wahrgenommen wird.

Eine unmittelbare Einflussnahme auf das Gesetzgebungsverfahren ist nicht möglich, die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten der mittelbaren Einflussnahme über die kommunalen Spitzenverbände lassen sich zudem schwer abschätzen.